

Jeder gegen jeden – Das missverstandene Prinzip "Wettbewerb"

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

Frankfurter Rundschau, 18. bis 22. Dezember 2007

In 4 Teilen:

1. Wettbewerb um die Kosten
2. Wettbewerb um Renditen
3. Wettbewerb von Nationen
4. Wettbewerb und der Lohn zum leben

Wettbewerb ist gut. Wettbewerb spornt an, sein bestes zu geben. Marktwirtschaft ist dazu da, fairen Wettbewerb zu ermöglichen. So oder so ähnlich würden 90 % aller Deutschen sicher antworten, wenn man sie nach ihrer Meinung zum „Prinzip Wettbewerb“ befragte und zu der Wirtschaftsordnung, die Wettbewerb ermöglicht und fördert. Wettbewerb heute ist in vielen Fällen aber nicht mehr der Wettbewerb, den die Gründer der Marktwirtschaft im Sinn hatten. In vielen zentralen Bereichen unserer Wirtschaft ist der Wettbewerb entartet zu einem Kampf jeder gegen jeden, der nichts mit dem gesunden Prinzip Wettbewerb zu tun hat, wie es der marktwirtschaftlichen Idee einmal zugrunde lag. In vier Beiträgen (die in den folgenden vier Wochen jeweils an dieser Stelle erscheinen) werden Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker, die Autoren des gerade erschienen Buches „Das Ende der Massenarbeitslosigkeit“, zeigen, wie sehr das eigentlich sinnvolle Prinzip Wettbewerb heute entartet ist und damit das Gegenteil von gesundem Wettbewerb hervorbringt.

Teil 1: Der Wettbewerb um die Kosten

Die Diskussion um den Mindestlohn bei der Post hat es an den Tag gebracht: Wettbewerb ist Wettbewerb um die niedrigsten Löhne. Wenn die alte Post Briefzustellern 9,50 Euro in der Stunde zahlt, können die neuen Wettbewerber, die am 1. Januar 2008 in das Geschäft einsteigen, ihren Briefzustellern nicht das gleiche zahlen, sonst herrschte ja kein Wettbewerb. So jedenfalls argumentierten die Gegner des Mindestlohnes und viele bekannte Ökonomen.

Das passt in das gängige Schema, das seit Jahren in Deutschland gepredigt wird. Die Löhne müssen flexibel auf die Gewinnsituation eines Unternehmens reagieren. Wenn schlechte Zeiten herrschen werden tarifliche Öffnungsklauseln genutzt, betriebliche Vereinbarungen zum Gürtel-enger-Schnallen getroffen, Arbeitnehmer durch Änderungskündigungen gezwungen, zu schlechteren Bedingungen zu arbeiten. Was sollen die Arbeitnehmer dagegen tun? Draußen wartet ein Heer von Arbeitslosen, mit dem ihnen die Arbeitgeberseite droht. Das hohe Angebot an Arbeitskräften ist ja scheinbar der unmittelbare Beweis für zu hohe Löhne auf dem Arbeitsmarkt, so die einhellige Meinung der Wirtschaftsexperten. Also: Lohn runter oder du fliegst. Nach erfolgtem Lohndumping loben dann Arbeitgeber, Politiker und Wissenschaftler die Gewerkschaften und Betriebsräte für ihre Einsichts- und Anpassungsfähigkeit.

Jedenfalls loben sie solange, bis jeder einzelne Unternehmer feststellt, dass ihm die niedrigen Löhne gar nichts gebracht haben, weil auch alle Konkurrenten inzwischen so schlau waren, die Arbeitnehmer unter Druck zu setzen. Wo die Lohnsenkung sich nicht so einfach gestaltet,

weil es noch starke Gewerkschaften gibt, wie im Fall der Telekom im vergangenen Sommer oder derzeit bei der Post, bricht dann Heulen und Wehklagen über den Wettbewerb aus und wird laut nach dem Staat gerufen, weil man sich nicht mit den gleichen Mitteln wie die Konkurrenz wehren kann.

Bei manch einem, der vor kurzem noch als Anwalt der Lohnflexibilisierung auftrat, wird der gute alte Flächentarifvertrag wieder hoffähig, er wird sogar von Arbeitgeberseite ins Gespräch gebracht, weil man auch dort beginnt zu begreifen, wohin es führt, wenn sich eine einzelne Gewerkschaft wie die Gewerkschaft der Lokführer anfängt, ihr eigenes Süppchen zu kochen, von Piloten und Ärzten ganz zu schweigen.

Wer aber einmal angefangen hat, das Prinzip "Jeder gegen jeden" als notwendigen Wettbewerb in einer Marktwirtschaft anzupreisen, muss sich nicht wundern, dass er die Geister, die er rief, nun nicht mehr los wird. Der Zauberlehrling hat das Geheimnis des Wettbewerbs nämlich gründlich missverstanden. Der Zauberspruch einer Marktwirtschaft heißt nicht „Jeder gegen jeden“ sondern „einheitlicher Preis für ein und dasselbe Gut, sei es nun Arbeit, ein Produktionsmaterial, ein Rohstoff oder Kapital“. Das ist genau das Gegenteil dessen, was seit Jahren für den Arbeitsmarkt gefordert wird. Nur diese Regel stur angewendet, z.B. auch mittels des Flächentarifvertrags für Arbeit der gleichen Qualität, verhindert, dass sich Arbeitnehmer untereinander oder Firmen gegenseitig in Grund und Boden konkurrieren durch Preisunterbietungskämpfe, die durch keinerlei technologischen Fortschritt gespeist sind, oder dass einzelne Berufsgruppen ihre Marktmacht missbrauchen und für sich mehr herausholen als die durchschnittliche Produktivitätssteigerung in der gesamten Volkswirtschaft.

Wettbewerb ist nicht gut, wenn mächtige Arbeitgeber ohnmächtige Arbeitnehmer mit mehr oder weniger Erfolg unter Druck setzen. Wettbewerb ist nicht gut, wenn der Staat den Druck auf die Beschäftigten erhöht, jede Arbeit anzunehmen, weil sonst Armut und sozialer Abstieg drohen. Wettbewerb ist auch nicht gut, wenn ein Unternehmen die Kosten senkt, weil es seine Lieferanten fest in der Hand hat und nahezu beliebig erpressen kann. Wettbewerb ist nur dann gut und anspornend, wenn jeder, auch der Schwache, eine faire Chance hat, einmal zu gewinnen. Das geht nur, wenn der Wettbewerb des Dschungels mit staatlicher Hilfe zu einem Wettbewerb um die besten Ideen umgemünzt wird. Dazu ist der einheitliche, der „unflexible“ Preis für vergleichbare Arbeit die wichtigste Voraussetzung.

In einer arbeitsteiligen, hoch spezialisierten Volkswirtschaft führt die Spielregel "Jeder gegen jeden" ins Chaos, weil alle aufeinander angewiesen sind: Der beim Kaffeeproduzenten arbeitende Pendler auf die Lokführer, der kranke Lokführer auf die Ärzte, der urlaubsreife Arzt auf die Piloten, der Pilot auf die Kaffeeröster und so weiter. Wann werden wir das wieder begreifen? Wohl zu spät, um den nächsten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Und damit zu spät für all die, die von Hungerlöhnen plus staatlichen Unterstützungszahlungen vegetieren müssen.

Teil 2: Der Wettbewerb um Renditen

Herrn Ackermanns Deutsche Bank will 25 %. Andere Kapitalverwalter erwarten mindestens 15 % Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital. Der Wettbewerb sei hart, argumentieren die Banken. Wer auf dem internationalen Parkett bestehen will, müsse zweistellige Renditen heranschaffen, weil die von den Kapitalanlegern, also vorwiegend von reichen Privatpersonen und Pensionsfonds, „gefordert“ würden.

Da staunt der Laie und der Fachmann sollte sich wundern. Marktwirtschaft bedeutet flexible Gewinne – und die Anleger „fordern“ zweistellige Renditen? Jeder mittelständische Unter-

nehmer oder selbständige Handwerker fragt sich, wer das erwirtschaften soll. Denn die Bank leiht das Geld ja nur an Sachinvestoren aus, die innovative Ideen in Produktivitätssteigerungen umzusetzen versuchen, aus denen neben der Tilgung des Kredits auch die Zinsen bezahlt werden sollen. Wer ist jedes Jahr um ein Viertel produktiver? Welches Land wächst jährlich mit einer zweistelligen Wachstumsrate? Denn um eine solche Größenordnung muss es sich handeln, wenn das Kapital so fürstlich entlohnt werden soll –oder geht es etwa darum, solche Renditen dauerhaft auf Kosten der Arbeit zu erzielen?

Solche Steigerungsraten kann man nicht durch reale Leistung zustande bringen, auch wenn der Sachverständigenrat schon vor 30 Jahren seine Ideologie auf „Ansprüchen“ der Kapitalseite aufgebaut hat. Zweistellige Gewinne gibt es, wenn überhaupt, nur beim Glücksspiel. Dort allerdings nur mit viel Risiko und niemals dauerhaft. Außer man mogelt permanent und zockt die restlichen Spieler ab. Dumm nur, wenn der Coup auffliegt, dann sind die Pleite und der Hilfeschrei an den Staat vorprogrammiert.

Genau da sind die Bankenmanager in diesem Sommer gelandet. Um die selbst verordneten Traumrenditen zu erreichen, wurden Finanzpakete geschnürt, deren Risiken die Banker schließlich selbst nicht mehr überblickten, geschweige denn die Empfänger der Pakete. Da wurde in den USA jedem noch so einkommensschwachen Haushalt zu verschleierte Bedingungen ein Kredit aufgeschwatzt, der die Traumrenditen der Banker und Hedgefonds einfahren helfen sollte. Dass die amerikanischen Arbeitnehmer mit einstelligen Einkommenssteigerungen auf Dauer keine zweistelligen Kreditzinsen zahlen können, kam niemandem in den Sinn.

Nun ist das Kartenhaus zwar zusammengekracht, doch die Zocker und Rendite-Versprecher werden nicht zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil, der auf Tricks und Macht, aber nicht auf Wettbewerb basierende „Anspruch des Kapitals“ wird nun teilweise mit Steuergeldern bedient wie im Fall der Sachsen LB oder der IKB. Kommen die Arbeitnehmer aber und wollen mit nur vier Prozent mehr entlohnt werden, die das Wirtschaftswachstum ohne weiteres hergibt, ist das Geschrei groß, weil dadurch angeblich Millionen Arbeitsplätze gefährdet würden. Dass hingegen der "Wettbewerb" um Phantasierenditen die Weltwirtschaft tatsächlich in Gefahr bringt, wird geflissentlich verschwiegen.

Teil 3: Der Wettbewerb der Nationen

Zum Jahresende wird Bilanz gezogen – in den Unternehmen wie in der Politik. Welchen Platz nimmt Deutschland im Ranking der Nationen ein, war es vorne bei Wachstum, Export oder bei der Bildung? Von Weltmeistern, Mittelmäßigkeit und roten Laternen im "Wettbewerb der Nationen" wird die Rede sein. Dass das Konzept "Wettbewerb der Nationen" selbst eine äußerst fragwürdige, ja gefährliche Idee ist, wird sicher kaum erwähnt.

Stehen Staaten wirtschaftlich gesehen untereinander im Wettbewerb? Natürlich, sagt der deutsche Durchschnittsökonom: Staaten konkurrieren wie Unternehmen. Zwar stehen sie sich nicht auf einzelnen Gütermärkten gegenüber, aber sie streiten um die besten Standortbedingungen für Unternehmen. Das Land mit den unternehmerfreundlichsten Struktur ziehe die meisten Investitionen auf sich und biete so die meisten Arbeitsplätze, was letzten Endes der gesamten Bevölkerung des eigenen Landes zugute käme.

Doch was ist unternehmerfreundlich? Keine Steuern auf Gewinne, keine Regulierung gefährlicher Produkte, maximale Flexibilität des Arbeitsmarktes, also kein Kündigungsschutz, keine Mindestlöhne, keine Lohnnebenkosten? Woher kommen dann die öffentlichen Güter wie z.B. eine funktionierende Infrastruktur, die innere Sicherheit und die gut ausgebildeten Arbeits-

kräfte, die auch die Unternehmen brauchen? Wer zahlt die Steuern und die Beiträge zur sozialen Sicherung, ohne die es keine wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität gibt?

Wie beim Lohndumping der Unternehmen untereinander hat auch das Dumping bei öffentlichen Gütern zwischen Staaten nichts mit dem richtigen Wettbewerb zu tun, mit dem Wettbewerb um innovative Ideen nämlich, auf dem die Entwicklungsmöglichkeiten jeder Marktwirtschaft beruhen. Sind Unternehmen nur deshalb international konkurrenzfähiger als andere Anbieter, weil sie daheim weniger Steuern zahlen, die Umwelt mehr verschmutzen, mit Hungerlöhnen moderne Sklaverei betreiben oder aus anderen Ländern hoch qualifizierte Arbeitskräfte heranziehen, in deren Ausbildung sie keinen Cent Steuern investiert haben, dann handelt es sich wieder um einen Vernichtungskampf nach dem Motto "jeder gegen jeden", der auf Dauer niemandem nützt, weder den Menschen hier noch anderswo.

Alle Menschen brauchen einen soliden öffentlichen Kapitalstock, der neben Infrastruktur, innerer Sicherheit, der öffentlichen Verwaltung und dem Bildungssystem auch aus sauberer Umwelt und – last but not least – aus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt der Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft besteht. Letzterer aber beruht vor allem auf Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, die man nicht einfach aufgeben darf, wenn man nicht auch alles Übrige gefährden will.

Deutschland ist keine Insel der Seligen. Hiesige Unternehmen stehen in der Tat im Wettbewerb mit Firmen aus anderen Ländern. Aber sie müssen ihn mittels innovativer Ideen bestehen. Erst dann kommt marktwirtschaftlicher Wettbewerb allen zugute. In Sachen Staatsdumping oder Lebensstandarddumping sollten wir die rote Laterne anstreben.

Teil 4: Wettbewerb und der Lohn zum Leben

Wer zu viel bekommt, fliegt raus, wer zu wenig bekommt, geht. Auf diese schlichte Formel lässt sich die Diskussion um Mindestlöhne und die Begrenzung von Managergehältern bringen. Gemeint ist, dass jeder, der mehr verdient, als er produziert, für ein Unternehmen unwirtschaftlich ist und deshalb entlassen werden muss. Und dass jeder, der weniger erhält, als er produziert, freiwillig den Hut nimmt, um anderswo eine angemessene Bezahlung zu suchen. So sehe Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt eben aus, behaupten die meisten Ökonomen. Wer beurteilen will, ob Arbeitseinkommen zu hoch oder zu niedrig sind, muss also wissen, wer wie viel (in einer Stunde etwa) produziert.

Nur, wer weiß das? Wie viel ist die Arbeit einer Sekretärin wert im Vergleich zu der eines Managers? Was produziert ein Manager? Arbeitet er z.B. an der Umsetzung einer neuen technischen Idee in eine Investition, ist er auf die Zuverlässigkeit seiner Mitarbeiter – von der Sekretärin bis zum Ingenieur – maßgeblich angewiesen. Hat das Team Erfolg, beruht das auf der Leistung aller Mitglieder. Wem steht also am Ende wie viel zu? Schon dieses einfache Beispiel zeigt, dass die "Entlohnung gemäß Produktivität" in der Realität einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft nicht mehr als eine von Ökonomen erfundene Fiktion ist. Würde man die Produktivität kennen, brauchte man über die Höhe der Löhne nicht zu streiten.

Auch wenn Arbeitskräfte je nach ihrer spezifischen Knappheit unterschiedlich wichtig sind für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes, angewiesen bleiben wir doch alle aufeinander: Der Manager ohne Sekretärin und Ingenieur ist, wirtschaftliche betrachtet, so nutzlos wie der Banker ohne Sachinvestor oder die Operndiva ohne Korrepetitor. Deswegen steigt der Wert auch gering qualifizierter Arbeit, sofern sie nicht vollständig wegrationalisiert werden kann, *automatisch* mit der durch Investitionen wachsenden Produktivität.

Solange Räume nicht vollautomatisch gereinigt, Haare nicht vollautomatisch geschnitten oder Briefe nicht vollautomatisch zugestellt werden, müssen die Arbeitskräfte, die diese Tätigkeiten ausführen, gleichberechtigt an der Gesamtproduktivität der Volkswirtschaft teilhaben. Ist das der Fall, dann ist es in einer reichen Gesellschaft auch sicher, dass sie von dieser Beschäftigung leben können. Ein allgemeiner Mindestlohn, laufend angepasst an den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt, ist die logische Folge. Wer das nicht will, muss die Manager und Banker auffordern, selbst zu Staubsauger und Schere zu greifen. Dann wird ihre Produktivität allerdings gewaltig sinken und sie müssten deutlich weniger Gehalt beziehen.

Umgekehrt bedeutet das, dass es in einer auf Arbeitsteilung beruhenden Gesellschaft nur dann sinnvoll ist, sich gemäß seinen Möglichkeiten einzubringen, wenn man am Zuwachs des allgemeinen Lebensstandards teilhat. Wer über Jahre hinweg keine Chance erhält teilzuhaben, geschweige denn sich selbst zu ernähren, kann keinen Nutzen mehr in der Marktwirtschaft erkennen. Für radikale Ansichten sind dann Tor und Tür geöffnet.